

1 **Antrag der Jungen Union Berlin Lichtenberg**

2

3 **Antisemitismus entschlossen bekämpfen – Lichtenberg braucht einen Antisemitismus-**  
4 **Beauftragten**

5 Junge Union Berlin Lichtenberg sieht es als notwendig, einen Antisemitismus-Beauftragten  
6 für Lichtenberg einzusetzen.

7

8 **Begründung**

9

10 Antisemitismus rückt als eine wachsende Herausforderung für Politik und Gesellschaft erneut  
11 in Fokus. Im Koalitionsvertrag haben sich die CDU/CSU und SPD darauf verständigt, einen  
12 neuen Antisemitismus-Beauftragten auf der Bundesebene einzusetzen. Antisemitische  
13 Ressentiments, Judenhass und ethnisch- oder religionsbezogene Diskriminierung innerhalb  
14 der Gesellschaft verlangen allerdings Präventions- und Bekämpfungsmechanismen auch auf  
15 der kommunalen Ebene. Die Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge im Kampf gegen  
16 Antisemitismus für den Bezirk soll zu den Aufgaben eines Antisemitismus-Beauftragten in  
17 Lichtenberg gehören.

18

19 Mittlerweile haben sich antisemitische Stereotypen und Vorurteile in den Schulen verbreitet.  
20 Nicht nur Schüler, sondern auch Lehrkräfte und Schulleiter werden mit antisemitischen  
21 Einstellungen konfrontiert. Manchmal werden sie trivialisiert, um eine Eskalation des  
22 Konfliktes zu vermeiden. Außerdem werden weder Lehrer noch Schulleiter ausreichend  
23 sensibilisiert, wie sie präventiv agieren oder im Fall eines solchen Konfliktes reagieren  
24 können. Es soll einer der Aufgaben des Antisemitismus-Beauftragten sein, zusammen mit  
25 Lehrkräften und Schulleitern eine Reihe von (Bildungs-)Maßnahmen zu erarbeiten, um  
26 Lehrkräfte, Schüler und ihre Eltern auf das Thema zu sensibilisieren.

27

28 Der Antisemitismus-Beauftragte soll der Ansprechpartner für die im Bezirk tätigen jüdischen  
29 Organisationen und Vereine, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie Migrations- und  
30 Integrationszentren sein und in Rahmen seiner Tätigkeit die Maßnahmen gegen  
31 Antisemitismus unterstützen und koordinieren. Ferner soll er mit Sicherheitsbehörden  
32 zusammenarbeiten, um zu überprüfen, ob ihnen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, ob  
33 gegen antisemitische Vorfälle wirksam vorzugehen.

34

35 Antisemitische Delikte werden in der offiziellen Antisemitismus-Statistik größtenteils im  
36 Bereich ‚Politisch motivierte Kriminalität – rechts‘ gemeldet. Die offizielle Statistik  
37 unterscheidet sich aber von der Einschätzung der Betroffenen, die meistens von Taten oder  
38 Diskriminierung mit einem religiösen oder ausländisch motivierten Hintergrund berichten.  
39 Sowohl der in Deutschland bestehende als auch durch Zuwanderung erstarkende  
40 Antisemitismus soll entschlossen bekämpft werden.